

Bever-Bote

www: spd-beverungen. de / Ausgabe 28

Berichte - Informationen - Kommentare

Auf Pump



„Wir haben nicht auf Pump gelebt“, behauptet Bürgermeister Haase. Wer aber den Schreck einer Haushaltsicherung schon einmal, 2005/2006, erlebt hat und dann erst heute aufwacht und meint: „Jetzt gilt in Beverungen sparen als oberste Devise“, der hat was falsch gemacht. Zumindest hat er nicht gespart, in den guten Jahren 2008/09, wo die Gewerbesteuererinnahmen freundlich sprudelten. Nun allerdings ist großes Wehklagen: Haushaltsicherung – Schulden bis 2013 von 20 Mio. Sofern man sich nicht verrechnet hat, was bei der schludrigen Art der Haushaltsführung auch nicht

Fortsetzung Seite 2

Ich miete mir einen Ministerpräsidenten!

„Haben`se mal ne` Mark für mich?“, diesen Spruch konnte man zu DM-Zeiten an vielen Stellen in Deutschland hören. Menschen, denen es schlecht ging, bettelten sich so ihren Tagessatz zusammen.

Dieses System wurde von der CDU in NRW verfeinert. Die Masche des Sammelns von Geld erreichte eine Dimension, auf die muss man erstmal kommen. Sponsoren, die auf CDU-Parteitagen mit ihren Ständen auftraten, sollten neben dem Standgeld auch einen Begegnung mit dem Ministerpräsidenten unseres Landes kaufen können. Für die kleine Summe von 6.000 Euro. Ein Schelm, der etwas böses dabei denkt, meinte zunächst die CDU in NRW. Bis in der Öffentlichkeit massive Proteste auftauchten.

„Untere Chargen“, so die CDU, sollen die Sache ausgeheckt haben. Der Ministerpräsident gab sich ganz unschuldig. Diese Art des Geldsammelns soll an ihm vorbei gerauscht sein? Zumal auch der Ministerpräsident von Sachsen, ebenfalls CDU, eine solche Methode praktiziert hat. Der CDU muss es verdammt schlecht gehen, wenn sie auf solche Praktiken verfällt. Weiterer Vorteil: Diese Art Einnahmen waren nicht rechenschaftspflichtig.

Ein Bauernopfer war schnell gefunden, der CDU-Generalsekretär Wüst musste gehen. Der Name war Programm. Dieser Herr ließ zu – oder ordnete er an? –, dass die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft von einer Firma bei ihren Auftritten in öffentlichen Versammlungen per Video überwacht wurde. Als dieses bekannt wurde, hätte er schon seinen Hut nehmen müssen. Aber Rüttgers hielt lange seine Hand über ihn.

Das Verhalten der CDU hat in der Öffentlichkeit einen verheerenden Eindruck hinterlassen. Vielen Menschen wurde vor Augen geführt, dass die CDU für Geld bereit ist, den Ministerpräsidenten zum „Mieten“ anzubieten. Was für eine Mißachtung eines demokratischen Amtes.

Am 9. Mai 2010 wird ein neuer Landtag gewählt. Eine Chance, für einen Neubeginn in der Landespolitik. Der ist bitter nötig. Bund und Länder haben immer mehr Belastungen auf die Städte übertragen. Ohne Rücksicht auf Verluste. Unsere Städte brauchen Luft zum Atmen, brauchen Geld für Investitionen in Bildung, Schulen und Infrastruktur. Es stände dem Ministerpräsidenten gut an, sich vordringlich um diese dringenden Fragen zu kümmern.

Fortsetzung Seite 1

auszuschließen ist. Nicht mal die Haushaltspläne sind auf dem Stand der Zeit. Also pumpen müssen sie jetzt, Herr Bürgermeister, wenigstens um die Finanzlöcher bis 2013 zu schließen.

Da hilft auch das Wetter gegen die Landes- und Bundesregierung wenig. Alles Regierungen, die das gleiche Parteibuch wie unser Bürgermeister in der Tasche haben.

Rücksichtslos wird da an einer Politik der „Kettenreaktion“ gezimmert. Dem Bund ist die Steuersenkung für Hoteliers wichtiger als gesunde Finanzen bei den Städten. Und die für 2011 gewollte Senkung der Einkommensteuer wird neue Löcher in die Stadtsäckel reißen. So wird Herr Haase also an der Gebührenscharbe drehen, z.B. beim Friedhof. Und dann explodiert die „Kettenreaktion“ einer falschen Politik in der Geldbörse des braven Bürgers.

Er darf/muss die Zeche bezahlen.

Wir wünschen

**unseren
Leserinnen und Lesern
und ihren Familien
eine**

schöne Osterzeit!

*Ihre
SPD Beverungen*

Kassensturz

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Beverungen beantragte zu Beginn der neuen Wahlperiode einen „Kassensturz“ vorzulegen und eine Bilanz zu erstellen mit dem Stichtag 30.10.2009. Aus der Bilanz müsse die Haushaltsentwicklung in Einnahmen und Ausgaben sowie die Haushaltsverpflichtungen bis Ende des Jahres 2009 und eine Prognose der Einnahmeentwicklung ersichtlich sein. Schuldenstand für kurzfristige und langfristige Kredite gehörten selbstverständlich dazu.

Der neugewählte Rat der Stadt Beverungen, dem eine Reihe von neuen Mitgliedern angehören, müsse Gelegenheit bekommen, sich mit der tatsächlichen Haushaltslage vertraut zu machen, so die SPD. Dieser Antrag, schriftlich eingereicht, erschien in der Tagesordnung als „mündlicher Bericht des Bürgermeisters“. Der Antragsteller wurde nicht mehr genannt. Es bedurfte einer Intervention des SPD-Fraktionsvorsitzenden Eckhard Schepke, um den Antragsteller zu benennen. Die SPD fragt sich, warum macht der Bürgermeister so etwas, welche Gründe liegen dafür vor?

Unser „Bild“ macht deutlich, wie die tatsächliche Lage ist: Da liegt der letzte Rest vom Schützenfest! Beverungen hat die höchsten Schulden im Kreis Höxter. Der Haushaltsplan 2010 weist ein weiteres Millionen-Defizit aus. Nichts ist mehr zu hören von

dem, was alles in Beverungen umgesetzt werden sollte. Ohne die Konjunkturprogramme I. und II., eingebracht von der SPD-Fraktion im Bundes



tag, gäbe es keine Investition an den Schulen, im Freibad, am Sportplatz usw..

Den Bürgermeister will nun den Bürgern weismachen, bis zur Kommunalwahl des vorigen Jahres sei die Entwicklung der Finanzen nicht erkennbar gewesen? Wie bitte? Sein wahrscheinliches Motiv: Mit aller Macht wollte er sich über den Wahltermin retten. Alles wird dem Prinzip Tauschen, Tarnen, Tricksen unterzogen.

„Wer öffentlich erklären muss, bis zum Jahre 2013 fallen 20 Millionen Euro Schulden an, der muss auch die Verantwortung dafür übernehmen“, meint die SPD-Fraktion Beverungen.

„Beverungen ist bankrott“ Stadt geht am berühmten Krückstock

So der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Eckhard Schepke, in seiner Rede zur Verabschiedung des Haushaltes 2010. Das ist die schlichte, aber erschreckende Wahrheit.

Und das Schlimme daran, man hat nichts gelernt. Schon einmal, 2006/2007, war man in der Haushaltssicherung. Alle Parteien waren aufgerufen an der langfristigen Sanierung mitzuhelfen. Die SPD hat Vorschläge gemacht, die alle Bereiche einschloß. Damit wäre ein Sicherungskonzept für den Haushalt überflüssig geworden. Doch der Bürgermeister, zusammen mit der Mehrheitsfraktion, haben das SPD-Konzept verhindert.

Dann sprudelte die Konjunktur in der ganzen Republik und man hat wieder aus dem vollen gelebt. Nichts mehr von sparen und nachhaltigen Strukturverbesserungen im Haushalt. Zusätzliche Maßnahmen wurden beschlossen mit dem leichtfertigen Hinweis: Finanzierung erfolgt aus Mehreinnahmen.

Jetzt muss der Bürgermeister feststellen: bis 2013 häufen sich 20 Mio. Euro Schulden auf. Daran ist der Bund und das Land nur zu Teilen schuld. Eckhard Schepke: „Wir kommen aus der Verschuldung nicht heraus. Das Gespenst der Haushaltssicherung wird uns noch viele Jahre begleiten, über das Jahr 2013 hinaus.“ Und wirklich, die bisherigen Haushalte ver-



dienen nur das Prädikat nachlässig, fahrlässig, schlampig.

Es fehlt ein klares Konzept. Über 3 Jahre gab es keine Ergebnisse, wie die einzelnen Haushaltsjahre abgeschlossen haben. Die schon 2007 notwendige Eröffnungsbilanz wurde jetzt, 2010, nachgeliefert. Ein Controlling des Haushaltsgebarens lehnt der Bürgermeister mit dem Hinweis ab, damit sei die Verwaltung überfordert. So wurstelt man dann ohne Kontrolle weiter. Das ist unverantwortlich!!

Eckhard Schepke: „Wir beantragen deshalb einen runden Tisch einzurichten, aus Rat, Verwaltung, Wirtschaft, Arbeitnehmervertreter und Vereinen um Einsparmöglichkeiten zu sondieren.“

„Ja – wer nicht hören will, ...“ sagt ein altes Sprichwort. Aber fühlen, spüren werden es sehr

viel mehr die Bürgerinnen und Bürger.

Eckhard Schepke in seiner Haushaltsrede: „Die Auswirkungen sind gravierend: Von Streichungen städtischer Leistungen in allen Bereichen bis hin zu massiven Erhöhungen der Steuern und Gebühren. Irgendwo trifft es alle.“

Und das, weil die Verantwortlichen im Rathaus es offensichtlich nicht können.

Kreisfrühlingsfest in Brakel-Beller

Der SPD-Kreisverband Höxter lädt herzlich ein zu einem Familienfrühlingsfest am Sonntag, 25. April, ab 11 Uhr, Hof Rehrmann. Neben den SPD-Mitgliedern und ihren Familien sind Gäste herzlich willkommen. Fürs leibliche Wohl ist gesorgt. Musikalische Unterhaltung: Blaskapelle Erkeln. Buntes Kinderprogramm. Große Tombola! Mit dabei Jürgen Unruhe, MdL und die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Ute Schäfer, MdL. Gemeinsam möchten wir mit Euch/Ihnen einen schönen Sonntag erleben.

Straßenbauprogramm

Der Straßenausbauplan sieht für das Jahr 2010 folgende Maßnahmen vor: Posttwete (Restfinanzierung 10.000 Euro), Laufbahn und Rest Segmentbogen (74.000) Beverstadion, Zum Wesertal (108.000), Springbachbrücke (50.000), Holsteinbrücke (144.000), Zum Eggeberg/Angerweg (230.000), Lönsstr. (120.000), Urental Gehwege K44, (44.000), Radweg Weserwiesen (30.000), Außenanlage Burg (50.000) und weitere Tiefbaumaßnahmen (Wirtschaftswege) in Dalhausen (30.000), Haarbrück (12.000), Jakobsberg (16.000) und Tietelsen (30.000). Gestrichen wurden die Maßnahmen Danzigerstraße, Grubestraße und Hermannstras-

se, obwohl die Maßnahme „Danzigerstraße“ für 2010 vorgesehen war.

Abgelehnt wurde der SPD-Antrag, die Bürgersteige an der Langen Straße beidseitig zu erneuern und zwar von der Burgstraße bis zum Lilienweg. Selbst der Vorschlag, die Maßnahme in Abschnitten vorzunehmen, fand bei der Mehrheitsfraktion keine Gnade. Zahlreiche Beschwerden von Bürgern wurden einfach vom Tisch gewischt. Bürgerinteressen vertreten? Fehlanzeige! „In ein paar Jahren gibt es die Umgehungsstraße, mal sehen was sich dann ergibt“, meinte ein CDU-Mann. Dies werden viele Bürger nicht mehr erleben.

Umwelt



SPD-Ratsmitglied Günther Spieker wollte von der Verwaltung wissen, ob von dem hinter dem Lidl-Geschäft liegenden Tankbehälter der ehemaligen Firma Herlag noch Gefahren ausgehen.

Die Stadtverwaltung erklärte, dass nach ihrem Kenntnisstand der Kreis Höxter beim Abriss bzw. Rückbau der Firma Herlag diese Anlage abgenommen habe. Angeblich gehe von dieser Anlage keine Gefahr mehr aus.

Vorsitz



Durch Losentscheid, nach zweimaligen Pattabstimmungen, wurde Andreas Gauding zum neuen Bezirksausschussvorsitzenden in Beverungen gewählt. Andreas Gauding bedankte sich für seine Wahl und bot allen Parteien und der Verwaltung eine faire Zusammenarbeit an. Angesichts der schwierigen Finanzsituation der Stadt müssten alle Parteien zusammenstehen. Es müsse gehandelt und nicht nur geredet werden.

Einwohnerzahlen sinken

Neue amtliche Zahlen belegen: Die Bevölkerungsentwicklung in Beverungen ist stark rückläufig. Auf was muss sich unsere Stadt vorbereiten?

Einwohnerzahlen 2008 – 2030

14.630 – 11.730 Einwohner

Rückgang: 19,8 Prozent

Alter: 0 – 3 Jahre

300 – 220 Kinder (- 26,7 %)

Alter: 3 – 6 Jahre

360 – 240 Kinder (- 33,3 %)

Alter: 6 – 10 Jahre

590 – 350 (- 40,7 %)

Alter: 10 – 16 Jahre

1.030 – 540 Kinder (- 47,6 %)

Alter: 16 – 19 Jahre

590 – 280 Kinder (- 52,5 %)

Alter: 19 – 25 Jahre

940 – 490 (- 47,9 %)

Alter: 25 – 40 Jahre

2.390 – 1.630 (- 31,8 %)

Alter: 40 – 60 Jahre

4.400 – 2.610 (- 41,2 %)

Alter: 60 – 80 Jahre

3.190 - 4.060 (+ 27,3 %)

Alter 80 und mehr

790 - 1.310 (+ 65,8 %)

Aus dieser Prognose wird erkennbar, welche Probleme sich für unsere Schulen ergeben. Genauso wichtig: Welche Lösungen für die ältere Gesellschaft müssen wir vorbereiten?

Wir haben des Öfteren auf diese Probleme hingewiesen. Es ist bisher nicht erkennbar, dass an diesen Problemen gearbeitet wird. Was muss eigentlich geschehen, damit etwas geschieht?

Wirtschaftliche Vernunft praktizieren

Klare Zielsetzungen zur Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise

Regulierung der Finanzmärkte

Wir wollen strengere Regeln für die Finanzmärkte. Neue Regelungen müssen umfassend, robust und frei von Schlupflöchern sein. Wir brauchen eine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht, verschärfte Eigenkapitalforderungen für die Banken und einen TÜV für Finanzprodukte.

Kreditversorgung des Mittelstandes

Die Finanzkrise ist längst noch nicht überstanden. Um die Versorgung der Wirtschaft mit notwendigen Krediten sicherzustellen, brauchen wir weitere Maßnahmen der Politik. Das kann auch bedeuten, dass der Staat einen größeren Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken und die Kreditvergabe an die mittelständische Wirtschaft ausübt. Es ist der Staat, der Gelder von Steuerzahlern bereitstellt. Banken, die Geld vom Steuerzahler nehmen, haben eine hohe und besondere Verantwortung gegenüber den Unternehmen und deren Beschäftigten.

Echte Wachstumsstrategie statt kurz-sichtiger Schuldenpolitik

Wir wollen öffentliche Investitionen von denen alle etwas haben, statt Steuersenkungen für Wenige. Die Steuersenkungen für Hotelketten und Großkonzerne sowie die geplante Einkommensteuersenkung machen den Staat ärmer, vergrößern seinen Schul-

denberg und bringen dabei kaum etwas für neues Wirtschaftswachstum.

Das aktuelle Jahresgutachten der „Wirtschaftswissenschaften“ sagt dazu: „Angesichts der enormen Konsolidierungserfordernisse sind derartige Steuersenkungsversprechen ohne solide Gegenfinanzierung mit einer seriösen Finanzpolitik nicht vereinbar.“ Darum gehört zu einem Pakt der wirtschaftlichen Vernunft der Verzicht auf die geplanten Steuersenkungen – natürlich ausgenommen Maßnahmen, die direkt den Familien zugute kommen.

Anreize für nachhaltige Investitionen

Wir wollen Umsteuern hin zu einem intelligenteren Wachstum, das nachhaltiger und sozialer ist, das auf Investition statt Spekulation setzt. Dazu müssen wir reale Investitionen und Innovationen steuerlich begünstigen und ökologisch schädliche Subventionen abbauen. Wir wollen Vermögen und Finanztransaktionen stärker besteuern und mit dem Geld weitere Anreize für ökologisch wirksame Investitionen schaffen.

Mehr in die Bildung investieren

Deutschland müsste seine Bildungsinvestitionen dauerhaft um mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr anheben, um den internationalen Durchschnitt zu erreichen. Steuern wir nicht um, wirft es unser Land langfristig auch wirtschaftlich zurück.

Jürgen Unruhe, MdL, wieder in den Landtag

Die SPD rückt der CDU in NRW immer mehr auf die Pelle. In den Meinungsumfragen wird von Gleichstand gesprochen. Dies hebt die Chancen von Jürgen Unruhe, erneut in den Landtag zu ziehen. Er lebt in Steinheim, 40 Jahre alt, und ist Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion.

Wir brauchen Menschen wie Jürgen Unruhe, die mit beiden Füßen im Leben stehen. Er steht für eine gradlinige Politik, für eine Politik, die dem Menschen dient. Machen Sie sich einen Knoten ins Taschentuch: 9. Mai 2010 ist Landtagswahl!



Am 9. Mai:
Ihre Unterstützung
für Jürgen
Unruhe!

Von der Diät zur Mastkur! Bürokratieabbau à la CDU/CSU und FDP

Wie dreist will die Bundesregierung eigentlich noch vorgehen? Mehr als 1.000 neue Stellen wollen CDU/CSU und FDP schaffen und zwar im Bereich der Ministerialbürokratie. Das sind teure Beamte. Karl-Heinz Däke sagte in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Die neue Bundesregierung verantwortet in diesem Jahr ein Rekorddefizit von über 100 Milliarden Euro. Gleichzeitig will sie über 1.000 neue Stellen schaffen, vorwiegend mit teuren Beamten. Das ist dreist.“

Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler wies weiter darauf hin: „Statt wie versprochen zu sparen, „macht Schwarz-Gelb das Gegenteil und bläht den Verwaltungsapparat des Bundes auf. (...) Anspruch und Wirklichkeit könnten nicht weiter auseinander liegen.“

Nicht minder kritisiert der Haushaltsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, die FDP in der „Neuen Osnabrücker Zeitung.“ Vor allem Abbau der Bürokratie habe die

FDP vor der Bundestagswahl versprochen. „Die FDP hat sich um 180 Grad gedreht. Von der Diät ist sie zur Mastkur übergegangen.“

Das Vorgehen der Koalitionsparteien zeige eine schäbige politische Praxis, um durch den Beamtenapparat die eigene Politik durchsetzen zu können. Man muss ja „seine“ Leute unterbringen.

Wieder ist ein Stück von Missbrauch offenbar geworden. Beamte haben dem Staat zu dienen und nicht einer Partei.

„Kloppen wie die Kesselflicker“ Feiner Stil wird in der Koalition gepflegt

Unter einer Liebesheirat haben sich viele Bürger etwas anderes vorgestellt. Vor der Bundestagswahl säuselten sich die Partner von CDU/CSU und FDP so schöne Worte ins Ohrchen wie: Wunschpartner, Angela und Guido. Der Himmel hing voller Geigen. Harmonie heischend stand man vor den Kameras und tauschte vertraute Blicke aus. Aber dass war schnell vorbei.

Hauen und Stechen

Der Alltag sieht anders aus. Von vielen gemeinsamen Schnittpunkten in der Politik war dann die Rede. Wer das als Übereinstimmung deutete, hat sich mächtig geirrt. Die meinten wirklich „Schnitte“. Es war der Beginn der Politik des „Hauen und

Stechens“. Auf dem Kampfplatz liegen schon viele Verwundete, zumal man jede Waffentypen bisher einsetzte. Egal ob Lanze, Hellebarde, Schwert oder was es sonst noch so gibt, alles wurde und wird für würdig befunden, eingesetzt zu werden. Motto: „Haust du meinen Ritter, haue ich deinen.“ Das ist finsterstes Mittelalter.

Viele Bürger fragen sich inzwischen, will man so die Finanz- und Wirtschaftsprobleme lösen? In Gesprächen mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern kamen deutlichere Worte zum Ausdruck wie: „Um unsere Probleme geht es denen doch nicht. Die möchten, dass die Millionäre den gleichen Krankenkassenbeitrag wie ich bezahle.“ Eine andere Meinung: „Mit der Steuersenkung für Hotelbetreiber will man uns weis

machen, das diene dem Wachstum. Für wie blöd halten die uns eigentlich? Noch deutlicher: „Die kloppen sich wie die Kesselflicker und dabei soll etwas Vernünftiges für die Bürger herauskommen? Im Leben nicht!“

Mindestlöhne

Das sind Stimmungsbilder, die die Meinung der breiten Bürgerschaft wiedergeben. Wir haben nicht die Meinung von Adeligen oder von Millionären eingeholt, sondern von den Menschen, die tagtäglich ums Überleben kämpfen müssen. Und wenn die schwarz-gelbe Koalition sich gegen Mindestlöhne ausspricht, dann weiß man, welche Interessen hier vertreten werden. Jedenfalls nicht der kleinen Leute.

SIB neu

Der Ausschuss für Bauen, Straßen, Immobilien soll künftig in „Betriebsausschuss Bauen, Straßen und Immobilien“ umbenannt werden.

Die Verwaltung führt zum Alleinradweg aus, dass nach Mitteilung der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft NRW mbH (BEG NRW) mit dem Landesbetrieb Straßen NRW Einigkeit besteht, dass der vorgesehene Radweg auf der stillgelegten Bahnstrecke in der Kernstadt zu 100 % gefördert werden soll. Der Radweg soll am Ortseingang aus Richtung Dalhausen beginnen und beim Bahnhof innerorts auf den Weserradweg geführt werden. Bezüglich des vorgesehenen Radweges in der Ortschaft Dalhausen besteht noch Abstimmungsbedarf. Alternativ wird ein Antrag nach dem Radwegprogramm mit einer 75 %-igen Förderung gestellt.

Der Ausbau der Straße „Zum Wesertal“ wurde auf Antrag vom SPD-Ratsmitglied Andreas Gauding zur Beratung an den Bezirksausschuss „Blankenau“ verwiesen. Danach wird der Ausbau der Straße erneut beraten.

Ausschussmitglied Gauding fragt an, warum der Spielplatz in der Richard-Dohmann-Straße nicht mit Fallschutzmatten ausgerüstet ist. Die Verwaltung führt aus, dass die Matten in der Anschaffung sehr teuer sind und aus diesem Grund unter den Spielgeräten Sandgruben erstellt worden sind.

CDU/FDP-Kopfpauschale

Krankheit ist ein Lebensrisiko, das niemand alleine schultern kann. Deshalb haben wir in Deutschland ein solidarisches Gesundheitswesen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung. Gesunde stehen für Kranke ein, Kranke erhalten alle notwendigen medizinischen Leistungen. Die solidarische Versicherung, die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanziert wird, hat sich bewährt und ist grundlegend für unseren Sozialstaat.

Ohne Not zündelt vor allem die FDP mit ihrem Gesundheitsminister Rösler an der solidarischen Gesundheitsvorsorge. Gemeinsam mit der CDU will die FDP die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger den Gesetzen des freien Marktes ausliefern.

Die Zusatzbeiträge, die zahlreiche Krankenkassen erheben wollen, sind der Einstieg in die Kopfpauschale. Gesetzlich Versicherte sollen allein für die steigenden Kosten im Gesundheitssystem aufkommen. Die Arbeitgeber bleiben verschont.

Die Kopfpauschale ist ungerecht, weil die Sekretärin genauso viel zahlt wie ihr Chef. Die Kopfpauschale macht Millionen Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern beim Staat, weil sie auf finanzielle Hilfen angewiesen sein werden. Sie ist menschenunwürdig und darüber hinaus unbezahlbar, da jährlich rund 35 Milliarden Euro über Steuern finanziert werden müssten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung entpuppt sich immer mehr als Erfüllungsgehilfe der privaten Gesundheitslobby. Schwarz-Gelb betreibt schamlos Klientelpolitik. Selbst die CSU geht auf Distanz.

Ein Spitzenfunktionär der Privaten Krankenversicherung erhält eine Schlüsselposition im Gesundheitsministerium. **Private Krankenversicherungen** bedanken sich mit Sonderkonditionen für FDP-Mitglieder!

Die Kontrolle der Pharmaindustrie wird eingeschränkt, die Arzneimittelpreise werden weiter steigen.

CDU und FDP wollen das Sachleistungsprinzip in der Krankenversicherung abschaffen. Patienten sollen beim Arzt und im Krankenhaus erst selber zahlen und später mit ihrer Versicherung abrechnen.

Für eine solidarische Bürgerversicherung:

Die SPD steht für die solidarische Bürgerversicherung, in die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Alle erhalten das medizinisch Notwendige. Alle haben am medizinischen Fortschritt teil.

Die SPD steht für mehr Effizienz und Kontrolle. Unser Gesundheitswesen darf nicht zum Selbstbedienungsladen für Pharmaindustrie, Ärzte und Apotheker werden.

Ihre kommunalen Ansprechpartner

BZA AMELUNXEN

Michael Gauding
Drenker-Str. 20

Eva Klare-Kurtenbach
Wöhrenstr. 3

BZA BEVERUNGEN

Andreas Gauding
Obere Nussbreite 42

Helmut Müller
Untere Nussbreite 43

Günter Spieker
Grüner Weg 12 a

BZA BLANKENAU

BZA-Vorsitzender
Manfed Filmer
Rote Feld 9

Bärbel Pribbernow
Doctornborn

Paul Pribbernow
Doctornborn

Beate Neese
Auf dem Schild 12

BZA DALHAUSEN

Anneliese Bartolles
Untere Hauptstr. 61

Markus Bartolles
Untere Hauptstr. 61

Petra Pohl
Obere Hauptstr. 170

ORTSVORSTEHER DRENKE

Roland Becker
Höxterstr. 8

BZA HAARBRÜCK

Johannes Hartmann
Klingelburgstr. 17

BZA HERSTELLE

Friedhelm Pape
Schifferstr. 17

Gudula Schwarz
Karlst. 9

ORTSBEIRAT JAKOBSBERG

Uwe Massenberg
Jakobusstr. 27

BZA TIETELSEN

Martin Kiene
Am Maibusch 10

BZA WEHRDEN

Sylvia Stümpel
Bruchweg 3

BZA WÜRGASSEN

BZA-Vorsitzender
Werner Rhoden
Worthweg 7

Horst Deppe
Eichendorffweg 7

Dierkes Udo
Sollingstr. 42

Schöne Gedanken

Das Leben ist eine Chance, nutze sie.

Das Leben ist Schönheit, bewundere sie.

Das Leben ist Seligkeit, genieße sie.

Das Leben ist ein Traum, mach daraus Wirklichkeit.

Das Leben ist eine Herausforderung, stelle dich ihr.

Das Leben ist eine Pflicht, erfülle sie.

Das Leben ist ein Spiel, spiele es.

Das Leben ist kostbar, geh sorgfältig damit um.

Das Leben ist Liebe, freue dich an ihr.

Das Leben ist ein Rätsel, durchdringe es.

Das Leben ist ein Kampf, akzeptiere ihn.

Das Leben ist eine Tragödie, ringe mit ihr,

Das Leben ist ein Abenteuer, wage es.

Das Leben ist Glück, verdiene es.

Das Leben ist das Leben, verteidige es.

Mutter Teresa

Trägerin Friedensnobelpreis

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Stadtverband Beverungen

Verantwortlich:

Roger van Heynsbergen,

Obere Nußbreite 57

37688 Beverungen

Tel. 05273 4867

Redaktion:

Emil Engel,

Dieter Heistermann

E-Mail:

Emil Engel@t-online.de

Druck: Kübler Galerie GmbH,

Industriestr. 7,

37688 Beverungen